

FR Donnerstag, 30. Juli 2020, Deutschland / Politik

EU will Hongkong unterstützen

Gemeinschaft reagiert auf Chinas Machtanspruch und beschließt Export-Beschränkungen

VON DAMIR FRAS

Wochenlang haben die EU-Staaten versucht, eine gemeinsame Haltung zur Hongkong-Krise zu finden. Nun ist es gelungen. Die EU-Außenminister einigten sich auf Strategien, mit denen sie auf das umstrittene Vorgehen Pekings gegen Hongkong reagieren wollen. Technologie, die von den chinesischen Behörden zur Überwachung der Demokratiebewegung eingesetzt werden könnte, soll künftig nicht mehr exportiert werden. Sanktionen, wie sie die USA verhängt haben, soll es allerdings vorerst nicht geben. Trotz der vergleichsweise milden Reaktion kritisierte das chinesische Außenministerium prompt, dass sich die EU in innere Angelegenheiten Chinas einmische.

Der deutsche Außenminister Heiko Maas (SDP) sprach von einem „Zeichen der Solidarität“. Zusätzlich zum Exportstopp für Überwachungstechnologie will die EU prüfen, wie sie die Zivilgesellschaft in der ehemaligen britischen Kronkolonie unterstützen kann. Es könnten mehr Stipendien für Studierende vergeben werden. Auch sollen Aktivistinnen und Aktivisten der Demokratiebewegung, die sich politisch verfolgt fühlen, auf mehr Hilfe aus der EU hoffen können.

Es bleibt allerdings in vielen Bereichen den Mitgliedsstaaten überlassen, welche Maßnahmen sie anwenden wollen. Laut Maas werde Deutschland nicht nur den Export von Rüstungsgütern stoppen, sondern auch von Produkten, die militärisch sowie zivil eingesetzt werden können.

In Hongkong gibt es seit einem Jahr Proteste gegen die Regierung und den Einfluss der kommunistischen Führung in Peking. Hauptkritikpunkt der EU ist der Erlass des neuen Gesetzes zum Schutz der nationalen Sicherheit in Hongkong Ende Juni. Es richtet sich vage gegen Aktivitäten, die Peking als separatistisch, terroristisch oder verschwörerisch ansieht. Kritiker sehen ein Ende des Prinzips „ein Land, zwei Systeme“, nach dem die frühere britische Kronkolonie seit der Rückgabe 1997 an China autonom mit eigenen Freiheitsrechten verwaltet wird.

Die Grünen kritisierten, dass sich die EU erst einen Monat nach Erlass des „Sicherheitsgesetzes“ zu einer gemeinsamen Haltung habe durchringen können. Die EU hätte schon im Sommer 2019 auf die Idee kommen können, den Export von Überwachungstechnologie zu verbieten, sagte der Grünen-Außenpolitiker Jürgen Trittin dem Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND): „Jetzt tut man erste vorsichtige, aber richtige Schritte.“

Dennoch gehe die EU nicht konsequent vor. „Über Folgen für das deutsch-chinesische Investitionsabkommen wird nicht gesprochen“, so Trittin: „Wie kann es ein solches Abkommen geben, wenn China in Hongkong gerade

die Rechtssicherheit abschafft, die eine notwendige Voraussetzung für Investitionen ist?“ Man müsse der chinesischen Führung unmissverständlich sagen, dass ihr Vorgehen in Hongkong das Investitionsabkommen gefährde.

Der Vorsitzende der China-Delegation im Europaparlament, Reinhard Bütikofer, sagte, die EU-Reaktionen seien im Wesentlichen symbolischer Natur. „Das wird nicht das letzte Wort der EU bleiben können“, sagte Bütikofer dem RND. Er bedaure es, dass die EU-Außenminister den Mitgliedsstaaten nicht geraten hätten, ihre nationalen Auslieferungsabkommen mit Hongkong auf Eis zu legen.

Die USA haben schärfer reagiert. Sie verabschiedeten jüngst ein Gesetz, wonach das Vermögen chinesischer Funktionäre in den USA eingefroren und ihnen die Einreise verweigert werden kann. Auch müssen ausländische Banken Strafen befürchten, wenn sie aus US-Sicht dazu beitragen, die Autonomie Hongkongs zu untergraben.

Solche Strafen lehnte Trittin ab: „Ich habe den Eindruck, dass die US-Sanktionen weniger Hongkong als den Wirtschaftskrieg Trumps gegen China zum Hintergrund haben.“ Wenn man Hongkong mit Festlandchina gleichsetze, „bestraft man nicht Festlandchina, sondern die wirtschaftlichen Möglichkeiten Hongkongs“.

DEMOKRATIE-AKTIVISTEN FESTGENOMMEN

Erstmals sind in Hongkong gezielt Aktivisten auf Grundlage des umstrittenen neuen Sicherheitsgesetzes festgenommen worden. Der frühere Studentenführer Tony Chung und drei seiner Mitstreiter wurden örtlichen Medien zufolge unter dem Vorwurf inhaftiert, zum Kampf für eine von China unabhängige „Nation Hongkong“ aufgerufen zu haben. Es ist das erste Mal, dass unter dem neuen Gesetz mit einer Razzia nach konkreten Personen gefahndet wurde; zuvor hatte es bereits bei Kundgebungen Festnahmen nach dem neuen Recht gegeben.

Alle Festgenommenen sind zwischen 16 und 21 Jahre alt. Die nach dem neuen Gesetz gebildete Sicherheitsbehörde erklärte örtlichen Medien zufolge, die Aktivisten hätten im Internet für eine „Nation Hongkong“ geworben. dpa